

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Kleinstes und leichtestest Blatt im Oberlahnkreis.
Fernsprecher Nr. 59.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hr. Cramer, Weilburg.
Druck und Verlag von A. Cramer
Großherzoglich Luxemburgischer Hoflieferant.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 86 Pfg., durch Boten gebracht
95 Pfg., durch die Post 2,85 Mk. vierteljährlich ohne Postgebühren.
Einschreibungsgebühr: 20 Pfg. die einspaltige Zeile.

Nr 9 — 1919.

Weilburg, Samstag, den 11. Januar.

71. (79.) Jahrgang.

Zu den Vorgängen in Berlin. Die republikanische Soldatenwehr.



Die Unsicherheit in der Reichshauptstadt wird durch die Aufstellung einer republikanischen Soldatenwehr beseitigt werden. Unser Bild zeigt einen Soldaten der Volkswehr.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

Nr. F. R. 850/11. 18. R. R. A.

Artikel I.

Die Bekanntmachungen M. 1/7. 15. R. R. A. vom 20. Juli 1918, betreffend Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten.

M. 5395/9. 15. R. R. A. vom 2. November 1918, betreffend Beschlagnahme und Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten.

M. 3646/2. 17. R. R. A. vom März 1917, betreffend Beschlagnahme von Kupferlegierungen (Messing, Rotguss, Bronze) in Fertigfabrikaten und Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten.

M. 325/7. 15. R. R. A. vom 31. Juli 1918, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinmetall.

M. 325/7. 15. R. R. A. vom 24. September 1918, betreffend Anweisung an die Kommunalverbände usw. zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinmetall vom 31. Juli 1918, Nr. M. 325/7. 15. R. R. A.

M. 3231/10. 15. R. R. A. vom 16. November 1918, betreffend Enteignung, Ablieferung und Einziehung der durch die Verordnung M. 325/7. 15. R. R. A. beziehungsweise M. 325/7. 15. R. R. A. beschlagnahmten Gegenstände vom 31. Juli bezw. 24. September 1918.

M. 2684/2. 16. R. R. A. vom 15. März 1916, betreffend Enteignung, Ablieferung und Einziehung der durch die Verordnung M. 325/7. 15. R. R. A. beziehungsweise M. 325/7. 15. R. R. A. beschlagnahmten Gegenstände vom 31. Juli bezw. 24. September 1918 mit Zusätzen.

M. 8/1. 18. R. R. A. vom 26. März 1918, betreffend Beschlagnahme, Enteignung und Verdeltpflicht von Einrichtungsgegenständen bezw. freiwillige Ablieferung auch von anderen Gegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel, Nickellegierungen, Aluminium und Zinn.

M. 8/6. 18. R. R. A. vom 15. Juni 1918, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. M. 8/1. 18. R. R. A. vom 26. März 1918.

M. 1706A/8. 17. R. R. A. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. M. 1/3. 17. R. R. A. vom 20. Juni 1917.

M. 1/2. 17. R. R. A. vom 8. Februar 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandshebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Biertrugdeckeln aus Zinn, und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen.

M. 1/12. 16. R. R. A. vom 10. Januar 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandshebung und Enteignung von Prospektstiften aus Zinn, von Orgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Zinnstücken, Schallleitern usw. von Orgeln und sonstigen Musikinstrumenten.

M. 1/1. 17. R. R. A. vom 1. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandshebung und Enteignung sowie freiwillige Ablieferung von Glocken aus Bronze.

M. 500/2. 17. R. R. A. vom 1. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandshebung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Aluminium.

M. 1700/4. 17. R. R. A. vom 10. Mai 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. 500/2. 17. R. R. A. vom 1. März 1917.

M. 2432/8. 15. R. R. A. vom 24. August 1915, betreffend Bestandsmeldung und freiwillige Ablieferung der zur Bedachung von öffentlichen und privaten Bauwerken verwendeten Kupfermengen, einschließlich kupferner Dachrinnen, Abfallrohre, Fenster- und Gefimsabdeckungen.

M. 200/1. 17. R. R. A. vom 9. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blüh- und Anlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen, einschließlich kupferner Dachrinnen, Abfallrohre, Fenster- und Gefimsabdeckungen, sowie einschließlich der an Blüh- und Anlagen befindlichen Platinteile.

M. 200/1. 17. R. R. A. II. Ang. vom Juni 1918, betreffend Nachtrag zur Anweisung an die Kommunalverbände zu der Bekanntmachung Nr. M. 200/1. R. R. A. vom 9. März 1917.

M. 1700B/8. 17. R. R. A. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. M. 100/1. 17. R. R. A. vom 9. März 1917.

M. 100/2. 17. R. R. A. vom 15. Mai 1917, betreffend Beschlagnahme, wiederholte Bestandshebung und Enteignung von Destillationsapparaten aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguss und Bronze) und freiwillige Ablieferung von anderen Brenneinrichtungen aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguss und Bronze).

M. 1700C/8. 17. R. R. A. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. M. 100/2. 17. R. R. A. vom 15. Mai 1917.

M. 1400/4. 18. R. R. A. vom 1. Mai 1918, betreffend Beschlagnahme und Bestandshebung von Gebäuften und Gebäuften von Kontroll-, Registrier- und Schreibmaschinen.

M. 1/9. 16. R. R. A. vom 1. September 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandshebung von Platin werden hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Im Auftrage des Demobilisationsamtes und auf Grund des § 1 der Bundesratsverordnung über Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) wird folgendes angeordnet:

a) Alle Enteignungen, welche sich auf Gegenstände erstrecken, die durch die im Artikel I aufgeführten Bekanntmachungen betroffen sind, werden, soweit das Material noch nicht vorhanden ist, hierdurch widerrufen.

b) Alle Enteignungen, welche von der Metall-Mobilisationsstelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung veranlaßt sind und Metalle in Fertigfabrikaten betreffen, werden, soweit das Material noch nicht abgeliefert ist, hierdurch widerrufen.

Artikel III.

Auf Erfüllung der durch die Metall-Mobilisationsstelle abgeforderten Käufe von Metallen und Metallgegenständen wird hiermit verzichtet. Der Verzicht erstreckt sich auf Material, welches aus solchen Käufen als Restlieferung noch rückständig ist.

Artikel IV.

Im Auftrage des Demobilisationsamtes wird angeordnet:

Das Einverständnis mit dem Artikel II ausgesprochenen Widerruf der Enteignungen und der beiderseitige Verzicht auf die weitere Erfüllung der Kaufverträge gemäß Artikel III wird angenommen, falls nicht bis zum 15. Januar 1919 durch eingeschriebenen Brief bei der Metall-Mobilisationsstelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Reichsministeriums, Berlin W 30, Mohrstr. 22, Einspruch erhoben wird.

Trotz des Widerrufs der Enteignungen und des Verzichts auf Erfüllung der Kaufverträge können enteignete oder gekaufte Gegenstände noch bis zum 15. Januar 1919 abgeliefert werden.

Berlin, den 24. November 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung: Wolffhügel.

Bekanntmachung.

betr. die Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in den Landgemeinden des Oberlahnkreises aufgefordert, die obgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte in der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Die Steuerpflicht erstreckt sich nicht auf Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.).

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufers gezahlt zu werden pflegt.

Der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände unterliegen auch diejenigen Personen usw., bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht diejenigen, die über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben machen und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der geschätzten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Annahme der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nützigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramtes, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Diese Aufforderung wird nicht allmonatlich wiederholt. Die Steuerpflichtigen haben vielmehr künftig die Erklärung über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte jeden Monats im Laufe des ihm folgenden Kalendermonats unaufgefordert abzugeben.

Weilburg, den 20. Dezember 1918.

Umsatzsteueramt. Kreisausschuß.

Bekannt, den 2. Januar 1919.

Jedes Kraftfahrzeug (Last- oder Personenwagen, Krafttraktor, Sanitätswagen, Anhänger usw.), sei es Poreseigentum oder Privateigentum, gleichviel ob in fahrbarem oder defektem Zustande, ist genau festzustellen und bis zum 12. 1. 19 zu melden. Die Meldung muß enthalten: Armee- und Polizeinummer (z. B. III. 1451), Fahrzeugart (Lastkraftwagen usw.) offen oder geschlossen, Fabrikat, Verdeck, Tragfähigkeit oder Sitz, Mot., Nr., Fahrgestellnummer, Bereifungsart und -größe, Bereifung vorhanden oder nicht, ob defekt oder fahrbereit.

Jeder Grundstückseigentümer und Bewohner ist für richtige Meldung an die Ortsbehörde verantwortlich.

Zu widerhandlung wird bestraft werden.

Da es in letzter Zeit häufig vorgekommen ist, daß Kraftfahrzeuge unrechtmäßig erworben oder von Soldaten verkauft wurden, da ferner auf Nebenwegen oder in Scheunen und Höfen defekte Kraftwagen stehen gelassen wurden, ist es nur auf diesem Wege möglich ein klares Bild über die vorhandenen Kraftfahrzeuge zu bekommen.

Kommandeur der Kraftfahrtruppen 3. Armee beim Armeekorpskommando 3.

1. 103. Weilburg, den 7. Januar 1919.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Ich ersuche sämtliche in ihrer Gemeinde ansässigen Besitzer von Kraftwagen oder von Fahrzeugen der in vorliegender Verordnung angegebenen Art auf die Verordnung aufmerksam zu machen, insbesondere darauf zu dringen, daß sämtliche in der Verordnung verlangten Angaben genau gemacht werden.

Die eingehenden Fahrzeuggattungen sind auf ihre Wichtigkeit zu prüfen und bestimmt bis zum 15. d. Mts. hierher einzusenden; dasselbe hat zu geschehen, bezüglich herrenlos etwa zurückgelassener Kraftwagen. Fehlende ist erforderlich.

Der Landrat.

2. 56. Weilburg, den 10. Januar 1919
An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betr. Pferdefutter.

Dem hiesigen Kreise sind für Pferde in gewerblichen Betrieben nachstehende Futtermittel zugeteilt worden und zwar: 176 Ztr. Kleie, 160 Ztr. Melasse, 106 Ztr. Stroh-
kraftfutter und 40 Ztr. Mischfutter.

Ich ersuche Bestellungen entgegenzunehmen und hierher bis zum 20. d. Mts. einzusenden. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Landrat.

Nichtamtlicher Teil

Die Aufgaben der Nationalversammlung.

Die radikalen Gegner der Nationalversammlung sagen, es bedürfe dieser gesetzgebenden Körperschaft für die deutsche Republik nicht, die Diktatur der Arbeiter, die die Revolution gemacht hätten, sei genügend. Es hat sich bereits herausgestellt, daß die Hunderttausende von Arbeitern, die zu den Frontsoldaten zählten, diesen Standpunkt noch weniger teilen, wie die Arbeiter zu Hause. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Revolutions-Parole: „Diktatur des Proletariats“, verfehlt hätte.

Die Nationalversammlung muß nicht nur deshalb sein, weil der Feind nur mit einer geordneten deutschen Regierung und einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung Frieden schließen will, sondern auch wegen eines Rechtsausbaues der deutschen Republik. Wenn einer künftig eine Gewalttherrschaft haben sollte, hätten wir nie einen Reichstag gebraucht. Und woher sollten sie ihr Recht nehmen, die für eine solche Diktatur heute wären, sich später aber nicht mehr mit ihr befremden könnten, wenn sie die praktische Erfahrung damit machten? Volendet ist nichts auf Erden, am allerwenigsten ein Ausnahmezustand. Wenn man also nicht mit Säbel oder Knüttel entscheiden will, was gelten soll, so müssen Rechtsgrundsätze da sein, an die sich der halten kann, der sich berechtigt glaubt.

Die Nationalversammlung hat in der neuen Reichsverfassung die Bedingungen und Grundsätze festzulegen, unter welchen regiert werden soll. Auch ein Präsident der Republik kann eine Politik betreiben, die dem Volke nicht paßt. Wilsons Neutralitäts- und Kriegspolitik würde nicht die Zustimmung der deutschen Arbeiter gefunden haben. Er hat, worauf wiederholt hingewiesen ist, größere Macht gehabt, als sie je der deutsche Kaiser besaß. Seine Minister haben nur ihm zugehört, nicht die nordamerikanische Volksvertretung, die selbst nur tat, was der Präsident wollte. Auch für einen begrenzten Zeitraum wollen wir keine solche Präsidenten-Macht, denn der Schaden kann schon in einem oder zwei Jahren groß, das deutsche Reich durch eine solche Politik aus den Fugen geprengt sein. Und Einheit tut uns nötiger wie Brot, denn ohne Einheit sind wir als konkurrierendes, verdienendes Volk ausgeschaltet.

Arbeitsrecht und Arbeitssicherung gebrauchen Arbeitgeber und Arbeiter, selbst in einem sozialisierten Betriebe kann der Arbeiter die Wahrung seines Rechts nicht entbehren. Der Staat kann ein Räuber sein! In diesem Scherzwort steckt viel bittere Wahrheit, von der uns der Kriegsozialismus schon eine Ahnung gegeben hat. Auf die Zeugnisse kann sich kein Arbeiter hinstellen, er verlangt sein Recht in der Arbeit. Und der Arbeitgeber fordert die Sicherung seines Arbeitsbetriebes, damit er seine Leute bezahlen kann.

Dafür hat die Nationalversammlung zu sorgen, ihre Beschlüsse geben die Rechtsgrundlage in dem darin ausgedrückten Volkswillen, die Absichten eines Einzelnen oder einer Volksgruppe nie haben können, und mögen sie die besten Menschen sein. Es bleibt nur Stückwerk. Ganz besonders muß uns aber die Nationalversammlung in allen Steuerfragen sichern, denn

wird werden ohnehin mehr Steuern zu zahlen haben, als uns lieb ist. Der Staat schöpft mit seiner Steuerfuppenteile aus dem Vollen. Wir wollen aber doch alle, daß uns von der Suppe, das heißt vom Verdienst, etwas zum Leben übrig bleibt.

Darum haben wir die Nationalversammlung nötig, deren Mehrheit in diesem Sinne beschließt. Wer im deutschen republikanischen Reiche lebt, muß Freude am Dasein haben, das er sich nach seinem Verlangen zu rechtzimmert. Und darüber muß nicht nur diese erst zu wählende Nationalversammlung walten, sondern sie muß eine Einrichtung von unbegrenzter Dauer bleiben. Denn mit der Erlösung der Nationalversammlung würde auch der unumgänglich nötige Rechtszustand erlöschen.

Wm.

Zur Lage.

Der Mörderstaat.

Der Weltkrieg entstand bekanntlich aus der Ablehnung des österreichischen Ultimatus an Serbien, worin die Bestrafung der amtlichen Personen in Belgrad gefordert wurde, die den Mord des österreichischen Thronfolgers begünstigt hatten. Die Regierung des Königs Peter verweigerte die Einzelheiten des Ultimatus, erklärte sich aber zur Bestrafung der Schuldigen bereit. Dabei ist es geblieben, und auch nach dem Kriege ist die traurige Angelegenheit mit Schweigen bedeckt geblieben. In Serbien hat man ja Übung in derartigen Behandlung politischer Verbrechen. Die Mörder des Königs Alexander und der Königin Draga sind bekanntlich nicht nur unbestraft geblieben, sondern noch befördert worden. Allerdings machten sie dem König Peter den Weg zum Thron frei. Die jetzt erfolgte Anregung, die Urheber des Attentates von Serajewo ihrer Strafe durch eine Festsetzung im Friedensprotokoll zuzuführen, wird auch wohl auf sich beruhen bleiben.

Schiedspruch im Kessnerstreit.

Vor dem Berliner Gewerbegericht haben die ca. 8000 ausständigen Kessner ihre Forderungen restlos durchgedrückt. Der Schiedspruch des Gewerbegerichts verlangt Abschaffung des Tringeldes, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, Mindestlöhne von 80 bezw. 100 Mark pro Woche.

Damit ist der erste Versuch einer Berufs-Organisation, der Gastwirte, sich den Lohnforderungen entgegenzusetzen, gescheitert. Der Leidtragende ist das Publikum, das einen entsprechenden Aufschlag auf Speisen und Getränke bezahlen muß.

Keine Internierung der deutschen Begleitmannschaften.

Gegenüber Gerüchten, daß die Entente die deutschen Begleitmannschaften der Kriegsgefangenen transporte, die aus den deutschen Lagern nach den Übergabe-Sammelagern am Rhein gehen, internieren würde, macht die Inspektion der Kriegsgefangenenlager des 18. Armee-Korps bekannt, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und gequält sind, die Begleitmannschaften an der Ausführung ihrer Pflicht zu verhindern. Die deutschen Begleitmannschaften stehen unter dem Schutz der Waffenstillstandskommission und werden nach Abnahme der Transporte durch die Entente sofort zurückgeschickt.

Inhalt des Friedensvertrages.

Die Londoner „Daily Mail“ ist in der Lage, über die Form und den Inhalt des zukünftigen Friedensvertrages folgendes mitzuteilen:

„Man würde alles tun, um die Friedensbedingungen so genau zu umschreiben, daß ein möglichst geringer Spielraum für eine Diskussion mit den Feinden übrig bleibt. Auf der Liste der Forderungen der Alliierten steht:

Entschädigung, Wiederherstellung und Rückgabe und gleichzeitig die Art und Weise, auf die alles zu erledigen ist, die Bürgschaften, die für eine rechtzeitige Durchführung der Beschlüsse verlangt werden. Ferner enthält sie verschiedene Grenzänderungen, die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Gründung neuer Staaten in Osteuropa und in Kleinasien und die Rückgabe des noch unbefreiten Italiens sowie die Bestimmungen über die künftige Stellung der Türkei und Bulgariens, die deutschen Kolonien, die künftige Organisation von Meer und Flotte, Handelsfragen und Probleme gewisser Flüsse (Donau usw.) und Küstengebiete.

wollte sie Klara sofort entlassen, doch ließ sie sich von dem Sohne bestimmen, erst bei den übrigen Dienstboten Erkundigungen einzuziehen, ehe sie handelte. Bereits am nächsten Tage fuhr Baron von Felden, nachdem Förster Fröhlich und dessen Frau das gedrückte Wesen Ehlers vor und nach dem Mord bestätigt, nach der Kreisstadt, dort dem Staatsanwalt von seinem Verdachte gegen Ehler Mitteilung machend.

Darauf war der Beamte nicht gefaßt gewesen, zumal er von der Schuld der beiden Verurteilten überzeugt war. Sorgfältig wog er nochmals alle Gründe für und wider ab, und stets ergab sich jetzt, daß Ehler stark verdächtig erschien, den Baron Egon von Felden ermordet zu haben, aber ebenso erschienen auch die Verurteilten in seinen Augen schuldig. Bevor er die ihm gelesene neue Fährte verfolgte, mußte er erst Zeugen vernehmen.

In den nächsten Tagen erhielten nicht nur die Jose und einige von dem Baron angegebene Mädchen, sondern auch der Förster Fröhlich sowie dessen Frau Vorladungen vor den Staatsanwalt, worüber auf Woffin große Aufregung herrschte, um so mehr als auch die Jose von der Baronin entlassen wurde und nach der Kreisstadt gezogen war.

Nach der Vernehmung der Zeugen beschloß der Staatsanwalt, erstliche Schritte zur Erlangung des Ehlers zu tun. Er stellte einen Haftbefehl aus. Vorläufig wollte der Ehler aber in weiter Ferne, dem Gesetze unerreichbar, so daß man sich in Geduld fassen mußte, bis die Expedition des Professors Holsten wieder zivilisierte Gegenden erreichte.

Ungefähr zwei Wochen später überraschte die Baronin den Sohn durch die Mitteilung, daß sie den Winter an der Riviera zu verbringen gedachte. Frau Faber und auch Amanda hatten sie dringend eingeladen.

„Amanda auch?“ fragte erlaucht der Baron.
„Ja, sie hat den Brief sogar geschrieben, und ich hoffe, daß ich auch dich bald dort sehen werde, dann wird das Wiedersehen um so herlicher sein.“

Reichsbürgertag in Berlin.

Die Bürgerräte des ganzen Reiches trafen am Sonntag im Abgeordnetenhaus zu Berlin zu einem Reichsbürgertag.

Reichsbürgertag

zusammen, der von etwa 300 Delegierten besucht war. In einer Entschließung bekannte sich die Versammlung uneingeschränkt zur Aufrechterhaltung des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage. Ferner gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

„Der Reichsbürgertag erwartet von den politischen Parteien den kraftvollen Schutz des Bürgertums. Vor allem aber empfiehlt er die weitestmögliche Verbindung der bürgerlichen Wählkreise (mit den sozialistischen) überall da, wo sie der Wahrung der inneren Reichseinheit und der nationalen Interessen nach außen dient.“

In der Aussprache wurde von einem Redner u. a. die Mitteilung gemacht, daß die Stadt Bromberg, für die in diesen Tagen die Gefahr des polnischen Einmarsches bestand, jetzt geschützt sei, und zwar durch deutsche Männer. „In erster Linie halfen dabei unsere Offiziere“ (Stürmischer Beifall der Versammlung).

Die nächste Tagung soll im Februar in Leipzig stattfinden.

Aus Weilburg und Umgegend

Weilburg, den 11. Januar 1919.

Die Weihnachts- und Neujahrsferien sind, so weit sie nicht notgedrungen infolge Kohlenmangels verlängert worden sind, jetzt zu Ende. Es kommt das bedeutsamste Vierteljahr für die Schuljugend, denn es geht auf den großen Osterferien-Termin zu, und auch das längste, ununterbrochene, denn in diesem Jahre fällt Ostern erst am 20. April. Der Krieg beeinflusst nicht mehr den Unterricht, um so besser werden also erst ärztliche Wissenslücken aus den letzten Kriegsjahren ausgefüllt werden können.

+ Deutsche Volkspartei. Je näher der Termin zur Nationalversammlung heranrückt, um so geschäftiger regen sich die einzelnen Parteien. Gestern Abend hatte die deutsche Volkspartei eine öffentliche Volksversammlung einberufen, die sehr stark besucht war. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Partei, Herrn Amtsgerichtsrat Dr. b., hielt der Sekretär des deutschen Arbeiterbundes und Kandidat zur Nationalversammlung Herr Geisler-Frankfurt einen Vortrag über „Unsere Zukunft und die Nationalversammlung“. Der Redner gab ein-
gangs ein Bild von dem großen Ernst der Lage unseres Vaterlandes. Die Völker, die uns besiegt haben, verweigern uns die fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel. Wir haben unsere Selbständigkeit verloren und stehen vor einem Abgrund, wie man ihn tiefer nicht denken kann. Die einzige Hoffnung ist die Nationalversammlung. Die einzelnen Parteien sind zum Wahlkampf aufmarschiert. Redner beschäftigt sich dann mit den einzelnen Parteien und ihren Zielen und bemerkt, daß sich der Wahlkampf nicht zuletzt um die Schuldfrage an dem Weltkrieg drehe. Herr Geisler steht auf dem Standpunkt, daß die Hauptursache an dem Völkermorden auf Seite der Entente zu suchen ist. Bedauerlich ist es, daß wir selbst mit allen Mitteln zu beweisen suchen, daß wir nicht ganz frei von Schuld sind. Die wirklichen Schuldigen, die nach dem Beschluß der englischen Arbeiterschaft zur Rechenschaft gezogen werden sollen, werden sich ins Fäulnis lachen! Demgemäß wird der Frieden aussehen. Alle die infolge der Revolution auf einen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden hofften, würden bitter enttäuscht werden. Der Vortragende verbreitete sich dann sehr ausführlich über die Revolution mit ihren verhängnisvollen Folgen und dem inneren Zusammenbruch. Die Hoffnung, daß die revolutionäre Bewegung sich auch auf die übrigen Länder verbreiten würde, hat sich nicht bewahrheitet. Wir allein sind die glänzend Heringe-
gefallen. Alle Dinge, die wir der Revolution zu danken haben, sind schon vor ihr dagewesen oder befanden sich in Vorbereitung. Des weiteren kommt Herr Geisler auf die Streiks und die hohen Lohnforderungen der Arbeiter zu sprechen. Die neue Regierung müßte ernstlich erwägen,

Auf falscher Fährte.

Roman von Max Eich.

42] „Es ist gut, gehen Sie jetzt.“ deutete der Baron dem Mädchen das Ende der Unterredung an; denn sein Verdacht gegen Ehler bestätigte sich also. Nicht Aufschle, sondern Ehler war der Mörder seines Bruders, folglich mußte also auch der Müller unschuldig sein. Aber ebenso erschien dem Baron die Annahme, daß Klara aus Berechnung ihm die Szene, die zum Bruche mit seiner Braut führte, vorgespielt, jetzt als feststehende Tatsache. Hatte er bisher der Mutter nichts von der Aufhebung des Verlöbnisses erzählt, so nahm er sich nun fest vor, dies nachzuholen, da er den Schlüssel zum Verhalten Amandas ihm gegenüber gefunden zu haben glaubte. Die kluge Mama würde sicher Rat wissen. Jetzt erschien ihm das Verhalten seiner Braut in einem ganz anderen Lichte.

Große Zukunftshoffnung bemächtigte sich des Barons, als er am anderen Tage seiner dazu seitdem lächelnden Mutter haartlein erzählte, was sich damals auf Woffin zugetragen. Hatte die Baronin bei Beginn der Beichte des Sohnes still vor sich hingelächelt, so spiegelte sich später in ihren Zügen das lebhafteste Erstaunen und tiefer Unwille. Lange genug wußte sie von dem Zerwürfnis der beiden Verlobten, das sie jedoch nur für vorübergehend hielt, und im Verein mit Frau Faber, die, wie die Baronin aus deren Brief erfahren, ihren ganzen Einfluß auf die Tochter aufbot, glaubte sie bald genug, die beiden Liebenden wieder zu vereinen. Nur den Grund der Entzweiung konnte sie bisher nicht in Erfahrung bringen, da ja ihr Sohn sich in beharrliches Schweigen hüllte und auch Amanda ihn ihrer Mutter nicht angab.

Sie war empört über das schamlose Treiben der Jose, noch mehr, als sie von dem Sohne erfahren, daß auch Egon in ihre Rege verstrickt war. In ihrer impulsiven Art

„Der Herr möge es geben.“ gab der Sohn zur Antwort. „Ich wünsche nichts weiter, Mama, als daß du Amanda Aufklärung über das gibst, was hier geschehen ist. An deinen Worten wird sie wohl nicht zweifeln.“

Ein sonniger Herbsttag spannte sein blaues Himmels-
gewölbe über die Riviera, das war allerdings keine vereinzelte Erscheinung; denn dieser prachtvolle Tag besaß bereits eine stattliche Reihe von Vorgängern, weshalb die Saison in vollster Blüte stand. In der Hauptsache waren es Nordländer, die den Winter an den sonnigen Gestaden der Riviera verleben wollten, zum Teil ihrer angegriffenen Gesundheit wegen, zum Teil aber auch, um den garstigen Wintertagen daheim aus dem Wege zu gehen.

Auch Frau Faber und Tochter waren mit Dienerschaft nach der Riviera gereist, und zwar nach Mentone, nachdem es ihnen beizuteilen gelungen, eine Villa für die Saison zu mieten, die ihren Namen „Eden“ in der Tat verdiente. In äppiger, subtropischer Pracht umzog ein schattiger, lauber Instand gehaltener großer Garten das in edlen Formen gehaltene Wohnhaus, es neugierigen Augen von der Straße absperrend. Auch die seitwärts liegenden Stallungen und Wohnräume für die Dienerschaft waren von der Villa aus den Augen durch Baumgruppen entzogen. Dagegen gestaltete der Garten sowohl von der Villa, als auch von der an dieser Seite sich hinziehenden mit Glas gedeckten Veranda aus den Blick über die blauen Fluten des Meeres, in denen sich heute der Himmel besonders stark zu spiegeln schien.

Fortsetzung folgt

den Arbeitszwang einzuführen. Die vorliegenden Aufrufe aus dem Ausland würden wieder zurückgezogen, weil man das Vertrauen zu uns verloren hat. Wenn wir im Ausland wieder Kredit haben wollten, müßten wir Ordnung schaffen, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete. Herr Geisler besprach dann noch des längeren das Programm der Deutschen Volkspartei, in der alle diejenigen Kräfte vereinigt sind, die den festen Willen haben, den liberalen Gedanken im deutschen Volke hoch zu halten. Zum Schluß richtete er einen warmen Appell an die Frauen und die Jugend, ihre Mithilfe in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Der Redner fand lebhaften Beifall. Der Amtsgerichtsrat Dr. Dankte demselben für seine fesselnden Ausführungen und erstattete die freie Aussprache. Merkwürdiger Weise meldete sich kein gegnerischer Redner zum Worte. Der Amtsgerichtsrat Dr. Bohmann erhielt darauf das Schlusswort. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, aus dem Munde eines Arbeiterführers das Lob der Unterordnung und der Arbeit vernommen zu haben. Wenn Deutschland wieder hoch kommen wollte, müßten wir arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten. Wenn wir wieder arbeiten und unteren Nationalsozialismus bewahren würden, dann würden wir wieder ein großes Volk werden. Auch die Ausführungen dieses Redners begegneten lebhaftem Beifall.

Deutsche Volkspartei. Nachstehend veröffentlichen wir die vollständige Liste der Kandidaten der deutschen Volkspartei im 19. Wahlkreis (Hessen-Nassau, Waldeck) für die Wahl zur Reichs-Nationalversammlung: 1. Geh. Justizrat Universitätsprofessor Dr. Jacob Kiefer, Berlin 2. Amtsgerichtsrat Lieber, Justizrat der Landwirtschaftskammer Wiesbaden 3. Arbeitersekretär Fritz Geisler, Frankfurt a. M. 4. Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. W. J. Kalle Chemiker, Biebrich a. Rh. 5. Frau Julie Bassermann, Nonnheim 6. Ingenieur Christian Vans, Eisenbahndirektor, Limburg 7. Stadtverordneter Dr. Hermann Rumpf, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. 8. Stadtrat Dr. Derosus, Fabrikant Danau a. M. 9. Stadtverordneter Friedrich Behle, Kaufmann und Zeichner, Bad Domburg v. d. D. 10. Schornsteinfegermeister Jean Frank, Frankfurt a. M. 11. Julie Weida, Oberlehrerin, Frankfurt a. M. 12. Kreisrätin Dr. Jürgen Lüders, Dillenburg 13. Professor Hans Köppe, Marburg 14. Landesbibliothekar Dr. Wilhelm Hopf, Kassel 15. Dr. Friedrich Böttcher, Schriftsteller, Meringerhausen (Waldeck).

Auszeichnung. Herrn Krause, Sohn des Herrn Bergwerksbesitzer Georg Krause von hier wurde das „Eiserne Kreuz 2. Klasse“ verliehen.

Aus Runkel und Umgegend

Runkel, den 10. Januar 1919.

Von der Post. Nach den z. Bt. gültigen Verabredungen bestehen für den Postverkehr aus Deutschland nach Orten in dem vom Feinde besetzten Gebiete einschl. der Brückenköpfe folgende Bestimmungen: Zugelassen sind nur: 1. Offene Briefe und Mitteilungen wichtiger geschäftlicher und dringenden persönlichen Inhaltes 2. Wertbriefe nach Orten im Ober-Postdirektions-Bezirk Trier und der Eisenbahnstrecke Coblenz-Trier. Alle anderen Postsendungen sind gesperrt. Der Postverkehr nach Elsaß Lothringen und die Rheinpfalz ist gänzlich gesperrt.

Letzte Nachrichten.

Flucht Eichhorns.

Berlin, 10. Jan. Wie der Charlottenburger „Neue Zeit“, die sich während der Revolutionstage sehr gut unterrichtet zeigte, von zuverlässiger Seite gemeldet wird, hat der amtsitzende Polizeipräsident Eichhorn, der durch seinen Widerstand gegen seine Absetzung die Veranlassung zum Blutvergießen gegeben hat, das Ausgehen jeder weiteren Verteidigung eingesehen. Um dem Schicksal zu entgehen, das seiner harzt, wenn er gefangen würde, ist er nach Dänemark entflohen, woher übrigens der russische Bolschewist Kade gekommen ist, um den Ausstand mit anzetteln zu helfen. Daß er jetzt sein Heil in der Flucht sucht, kennzeichnet seine Feigheit und seine Verrätergefinnung.

Die Gesamtverluste der letzten Tage belaufen sich auf 200 Tote und Verwundete. Unter den Opfern befindet sich auch Fräulein Wolff, eine Tochter des ehemaligen braunschweigischen Staatsministers Wolff. Sie ist am Mittwoch früh von einem verrückten Geschoß auf der Straße schwer verwundet worden.

Günstige Lage für die Regierung in Berlin.

Berlin, 11. Jan. (W. B.) Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Lage für die Regierung äußerst günstig ist. Größere Unternehmungen haben nicht stattgefunden. Nur am das Mosse-Haus spielten sich Kämpfe ab. — In Spandau wurden das Rathaus, die Artillerie-Verwaltung und die Gewerkschaft von den Regierungstruppen besetzt. — In Hamburg kam es durch die Verhaftung des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates zu Unruhen. Es gab Tote und Verwundete, ihre Zahl schwankt zwischen 20 bis 30. — In Düsseldorf fand ein Demonstrationzug gegen die Spartakisten statt. Letztere eröffneten auf die Teilnehmer des Zuges Maschinengewehrfeuer, wodurch 7 Personen getötet und 15 verletzt wurden.

Eingefandt.

Den betreffenden Bürgern Landbuschbachs, die am Landratsamt Beschwerde führend gegen den dort bestehenden Arbeiter-Rat vorgehen, diene folgendes zur Richtfahung: Es handelt sich nicht gegen eine ungerechte Verteilung, sondern darum, daß absolut kein Bauernrat, wie es das Gesetz vorschreibt, vorhanden ist. Es besteht nur ein einseitiger Arbeiterrat und ein Frauen dürfte die Einforderung nicht befallen, denn unsererseits dürfte ein solcher aus Bauern und Arbeitern gewählter Rat noch lange bestehen.

Mehrere Bauern.

Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Montag, den 13. Januar, geben wir im Rathaus-Saale

Speisefest

(Einheit 46 Pf.) an hiesige Familien unter Vorlage der Fettkarten ab, und zwar:

3-4 Uhr Nr. 1-300,
4-5 „ „ 301-600,
5-6 „ „ 601-Schluß.

Die Abgabe erfolgt genau in der oben angegebenen Zeit.

Wegen Mangel an Kleingeld wird dringend ersucht, die Beträge abgezählt bereit zu halten.

Lebensmittelfest.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden Sonntag, den 19. Januar d. Js. für die Wähler der Stadt Weilburg in den beiden Rathaus-Sälen statt.

Die Wahlhandlung beginnt an diesem Tage vor-mittags 9 Uhr und endet nachmittags 4 Uhr.

Es wählen die Wähler des I. Stimmbezirks, welche in nachstehenden Straßen wohnen: Oberbacherweg, Limburgerstraße, Adelheidstraße, Adolfsstraße, Waldhäuserweg, Sandstraße, Kruppstraße, Friedrichstraße, Wilhelmstraße, Bahnhofstraße, Böhmbergerweg, Niederaasse, Hainallee, Rutsche, Gartenstraße, Langgasse, Neugasse, Schloßplatz, Hindenburgstraße Nr. 1 und 2

in dem nördlichen Rathaus-Saale.

Wahlvorsteher: 1. Beigeordneter Erlbach,
Stellvertreter: Magistratschöffe Steinmeyer.

Die Wähler des II. Stimmbezirks, welche in nachstehenden Straßen wohnen: Marktplatz, Schwanengasse, Böggergasse, Schulgasse, Marktstraße, Marraasse, Turmgasse, Hindenburgstraße (ohne Nr. 1 und 2), Vorstadt, Ahlenerweg, Frankfurterstraße, (Kaserne), Schmidtschweg, Bismarckstraße, Mühlberg, Weiskstraße, Pumpstation, Bangerweg, Kaserne

in dem südlichen Rathaus-Saale.

Wahlvorsteher: Bürgermeister Rathaus.
Stellvertreter: Magistratschöffe Brühl.

Weilburg, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die Rechnungen über Leistungen und Lieferungen für die Stadt Weilburg, im abgelaufenen Vierteljahr, ersuchen wir bis spätestens zum 20. Januar ds. Js. einzureichen.

Der Magistrat.

Für unsere Holzhauerarbeiten im Stadtwald werden sofort noch weitere Arbeitskräfte eingestellt.

Meldungen werden bei Herrn Albert Dragäffer Pfarrgasse Nr. 2 entgegen genommen.

Der Magistrat.

Wir machen auf die Zahlung der am 10. d. Mts. fällig werdenden 4. Rate Besitzsteuer aufmerksam, ebenso auf die Zahlung der Kriegsabgaben für 1918.

Weilburg, den 8. Januar 1919.

Die Stadtkasse.

Landwirtschaftsschule Weilburg.

Wiederbeginn der Schule am Mittwoch, den 15. Januar, morgens 8 Uhr. Die Pensionhalter werden gebeten, die auswärtigen Schüler zu benachrichtigen.

Der Direktor.

Freiwillige Versteigerung.

Mittwoch, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr, werde ich im Auftrage des Herrn D. Meurer von hier wegen Aufgabe der Posthalterei im Posthofe zu Weilburg

4 sehr gut erhaltene Landauer, 1 Halbverdeck mit abnehmbarem Bod., 4 Schlitten mit den dazu gehörigen Schellengläuten, 1 leichter Oekonomiewagen mit Kasten und Leitern (ein- und zweispännig zu fahren), eine große Anzahl Ein- und Zweispänner-Pferdegeschirre für Chaisen und Ackerfahrwerke, Kutsche für Lastfuhrwerk, 3 Paar ff. Blattschirre, Fliegenetze pp., 2 Kleiderchränke, Regemühle, Pflug, Egge, ein fast noch neuer Kartoffeldämpfer, sonstige Oekonomiegeräte und ein 21 Monate altes belg. Fohlen

öffentlich meistbietend und gegen gleich bare Zahlung versteigern. Freihandverkauf findet nicht statt.

Adolf Baurhenn.

Zum 1. Februar suchen wir für unser kaufm. Kontor

Herrn oder Dame,

die in Büroarbeiten erfahren sind und Kundschaft und Maschinenschreiben sicher beherrschen. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Empfehlungen an

Verein Deutscher Dünger-Fabrikanten
Hain-Allee 2.

Apollo-Theater.

Weilburg. (Lichtspiele.)

Limburgerstr. 6. Limburgerstr. 6
Sonntag nachmittags von 3 Uhr und Montag abends 8 Uhr:

Auf vielseitigen Wunsch das große Filmmittel

Das sterbende Modell

nebst Beiprogramm.

Zentrumspartei.

Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr im Saale des „Deutschen Hauses“ in Weilburg

Frauenversammlung.

Rednerin: Frau Dr. Beckmann aus Limburg, Kandidatin zur Nationalversammlung.

Alle Wählerinnen sind dringend eingeladen.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Stadt Runkel.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden

Sonntag, den 19. Januar 1919, von vorm. 9 bis abends 8 Uhr für die Wähler der Stadt Runkel in dem Stadthaus statt.

Wahlvorsteher: Bürgermeister Reymann,

Stellvertreter: Beigeordneter Stengler.

Runkel, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die Rechnungen über Leistungen und Lieferungen pro Oktober/Dezember 1918 sind bis zum 20. ds. Mts. einzureichen.

Runkel, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Ausländische Zwiebeln

sind bei den Kaufleuten Goerlach und Söppler zu haben.
Runkel, den 9. Januar 1919.

Der Magistrat.

Reis und Zwiebeln sind in der Apotheke sowie in allen Lebensmittelgeschäften gegen einen Ausweis erhältlich. Rabate und Kasse-Ersatz gegen Vorlage der Lebensmittelkarten.

Der Magistrat.

Versammlungen.

Deutsche Volkspartei.
Sonntag, 12. Jan., Reichenborn 3 1/2 Uhr. Bernbach 3 1/2 Uhr. Barts 7 1/2 Uhr. Bieffenbach 7 Uhr. Elberhausen 3 Uhr. Wolfenhausen 7 1/2 Uhr. Montag, 13. Jan. Böhmberg 7 1/2 Uhr. Gaudernbach 7 1/2 Uhr.

Monatmädchen

für den ganzen Tag sofort oder später gesucht.
Zu erst. i. d. Exped.

Einen

Schuhmachergehilfen

f. gute neue Arbeit, sowie einen f. Repar. gesucht, auf Wunsch m. guter Verpf. u. Logis.

Wilhelm Paul, Weilburg a. L. Orthopädische Werkstätte.

Großer Garten

oder zu Gartenland geeigneter, bequem gelegener Acker zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 500 an an die Exped. d. Bl.

Schreibtisch mit Aufsatz

zu verkaufen.

Limburgerstraße 27 I.

Sst. Schuhcreme Sst. Lederfett

empfiehlt
Wilh. Baurhenn.

Witwer,

34 Jahre, mit 2 Kindern sucht für seinen frauenlosen Haushalt eine weibliche Person, Witwe mit 1 oder 2 Kindern nicht ausgeschlossen.

Meld. erbet. unt. K. 103 an die Exped. d. Bl.

Sommersaatgetreide und Hülsenfrüchte.

Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Erbsen, Bohnen, Pferdebohnen, Wicken und Puscheln offerieren zu günstigen Bedingungen

Buntenbach u. Kortian, Rön-Mühlheim.

Telefon Nr. 2 u. 1188.

Husten, Atemnot

Verkleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.

Heinrich Deide, Waderleben, Broitz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Wundgeschwüren gerne umsonst Auskunft.
Rückmarke erwünscht.

Braver Junge

kann in die Lehre treten bei Hermann Siegfried, Weilburg, Spenglerm. und Installateur.

Dachshund,

schwarz mit braunen Abzeichen entlaufen. Abzugeben Oberförsterei Windhof.

Suche für meine an Landwirt verheiratete Schwester käuflichen Erwerb eines gut geführten und gut erhaltenen

Bauernhofes

Größe 50-150 Morgen. Gest. Offerten oder persönliche Rücksprache baldigst Weilburg Hotel „Traube“ Zim. 6.

Ein tüchtiges

Dienstmädchen

für sofort oder später gegen hohen Lohn gesucht.

Julius Bauer, Ahlenerweg.

Befellungen auf Ia Holz.

Rotklee Samen

gar, selbstgeerntet, nimmt bis Mittwoch entgegen

Heinrich Becker.

Tücht. Schreiner

auf seine Möbel und Kirchenarbeit sofort gesucht, auch wird ein Lehrling angenommen.

Albert Jungnickel, Bldh. u. Schreiner, Hofen bei Runkel.

Junges, nettes

Mädel,

welches Lust hat, das Buchstaben gründlich zu erlernen, per 1. Februar gesucht.
Austausch Dobranz, Weilburg.

Umzugs halber:

Zwei junge kräftige Ziegen, ein Stamm Züchter.

1918er Hen u. Stroh sind zu verkaufen bei

Fran Wollmann, Wolfenhaus.

Deutsche Demokratische Partei.

Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3.00 Uhr im Saalbau in Weilburg

Oeffentliche Volksversammlung.

Es werden sprechen: Frau Dr. Anna Schulz, Kandidatin zur deutschen Nationalversammlung,

Herr Gastwirt Emil Goll, Kandidat zur Preussischen Landesversammlung, über:

„Die Wahlen zur Nationalversammlung.“

Freie Aussprache. Frauen und Männer, kommt in Massen!

Der Vorstand.

— Die ersten 6 Sitzreihen sind für die Frauen vorbehalten. —

Bank für Handel u. Industrie

(Darmstädter Bank)

Depositenkasse Weilburg a. L., Wilhelmstrasse 11.

Aktien-Kapital und Reserve Mk. 192 000 000.

Fernsprecher Nr. 3

Geschäftsstunden: 8—12 und 2—5
Samstags 8—1

Postscheck-Konto:
Amt Frankfurt a. M.
Nr. 12 145

Vermittlung aller bankmässigen Geschäfte:

Eröffnung laufender Rechnungen und provisionsfreier Scheck-Konten.

Annahme von Depositen- und Spargeldern mit täglicher und längerer Kündigungsfrist.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Wertpapier-Kontrolle.

Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust im Falle der Auslosung.

Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen und verlosteten Effekten.

Ausübung von Bezugsrechten, Einholung neuer Kouponsbogen.

Vermietung von Safes (Tresorfächern) unter Mitverschluss des Mieters.

Verwahrung und Verwaltung offener Depots.

Disantierung u. Einzug von Wechseln, Schecks usw. Demozilierung von Wechseln.

Ausgabe von Wert-Zirkular-Kreditbriefen, die ohne vorheriges Avis in allen wichtigen Plätzen der Welt zahlbar sind.

Annahme von geschlossenen Depots und anderen Wertgegenständen zur Aufbewahrung.

Verwaltung von Hypothekeninstrumenten (regelmässige, Einziehung der Zinsen, Annuitäten usw.) Nachlassregulierungen.

Ueber alle Vermögensangelegenheiten unserer Kunden beobachten wir strengste Verschwiegenheit, insbesondere gegenüber den Steuerämtern und allen anderen Behörden.

Zur Aufklärung!

Aus vielen Orten des Oberlahnkreises ging dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Oberlahnkreis Beschwerde darüber zu, daß Redner bürgerlicher Parteien immer wieder die Behauptung aufstellten, die Sozialdemokraten wollten den Bauer und den kleinen Landwirt von Haus und Hof vertreiben und ihm die letzte Ruh fortnehmen, um das alles in Staatseigentum überzuführen. Das sozialdemokratische Parteiprogramm besage dies ausdrücklich. Und mit dieser „Behauptung“ versuchten die Redner die Landleute vor den Sozialdemokraten gruselig zu machen.

Da es uns unmöglich ist, in jeder Versammlung diesen irrigen und vergiftenden Ausführungen entgegenzutreten, lassen wir hier wörtlich den 5. Absatz des 8. Partiprogramms folgen. Dieser Absatz befaßt sich ausschließlich mit dieser Frage, während die anderen Programmpunkte hierauf keinen Bezug nehmen:

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welche ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinrentner zu expatriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung werde.“

Dies ist der Wortlaut des betr. Absatzes. Wir Sozialdemokraten denken also nicht im entferntesten daran, den kleinen Besitz des Bauern anzutasten, zu vergesellschaften, oder ihn von seiner Scholle zu vertreiben. Nur der kapitalistische Großgrundbesitz soll vergesellschaftet und zur Verteilung unter den Leuten herangezogen werden, die entweder über keinen oder nur geringen Grund und Boden verfügen. Dies zur Steigerung der Wahrheit. Wir sehen nunmehr voraus, daß die Redner bürgerlicher Parteien sinnentsprechende Auslegungen über diesen sozialdem. Progt mmpunkt für die Folge in ihren Versammlungen machen werden. Andernfalls sind sie es, die den Wahlsampf mit unlauteren Mitteln vergiften und ihn auf ein Niveau herunterdrücken, das der heutigen schweren Zeit wenig würdig ist. Sie würden sich außerdem des Vorwurfs der Unwahrhaftigkeit aussetzen, wenn sie jetzt noch mit denselben Mitteln operieren.

Für den sozialdemokratischen Wahlverein des Oberlahnkreises.

J. A.:

Richard Goll. Rudolf Bierbrauer.

Luise Dorn

Kurt Berk

Verlobte.

Weilburg, 12. Januar 1919.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey“.

In Kürze wird im Vereinslokal Hotel „Lord“ ein neuer

Anfänger-Unterricht

nach dem System „Stolze-Schrey“ begonnen. Anmeldungen werden von dem Vorsitzenden des Vereins, R. Kramer, entgegengenommen.

Oeffentlicher Wetterdienst

Voraussichtliche Witterung für Sonntag, den 12. Januar. Meist trübe und neblig, vielerorts Niederschläge, Temperatur wenig geändert.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden anlässlich des Heimganges unserer lieben Mutter und Grossmutter sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Steeden, den 9. Januar 1919.

Familie A. Kirchner.

Empfehle mich in allen

Näharbeiten.

Frau Heinrich Dietmann,
Löhnbergerweg 5.

Junger Landwirt, 26 Jahre, wünscht mit häuslichem jungen Mädchen zu

Heirat

bekannt zu werden. G. fl. Angebote werden unter W. S. 500 an die Geschäftsstelle erbeten.

Villa

oder Landhaus mit 6—8 Zimmern in Weilburg oder Umgebung zu kaufen gesucht. Gefl. Off. erb. a. d. Geschäftsst. d. Bl. unter M. W. 1000.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Oeffentliche Versammlung

für Männer und Frauen

am Montag, den 13. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr,
im „Saalbau“ in Weilburg.

Ansprachen werden halten

Herr Pfarrer Karl Veidt, Frankfurt a. M.

Herr Dr. Pieper, Frankfurt a. M.

Freie Aussprache.

Am zahlreichen Besuch bittet

der Wahlvorstand der Deutsch-Nationalen Volkspartei
und des Bundes der Landwirte.